

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 12. Juni 2019 / Mercredi après-midi, 12 juin 2019

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion / Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques

74 2014.JGK.4219 Bericht RR

Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat in Umsetzung des Postulats 177-2014 Müller (Bern, FDP): Wie könnte der Kanton Bern heute aussehen?

74 2014.JGK.4219 Rapport CE

Avenir du découpage géopolitique du canton de Berne. Rapport du Conseil-exécutif à l'intention du Grand Conseil faisant suite au postulat 177-2014 Müller (Berne, PLR) : A quoi pourrait ressembler le canton de Berne ?

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 74: «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern. Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat in Umsetzung des Postulats 177-2014, Müller [...]. Wie könnte der Kanton Bern heute aussehen?» Für die Kommission hat Carlos Reinhard das Wort.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Kommissionssprecher der SAK. Gerne informiere ich Sie seitens der SAK über den Bericht «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern», der ja aufgrund eines überwiesenen Vorstosses der FDP, Müller erstellt wurde. Der Vorstoss wollte prüfen, wie der Kanton Bern mit 50 Gemeinden aussehen könnte. Die SAK wurde frühzeitig in dieses Projekt einbezogen und wurde auch regelmässig informiert. Ich glaube, der Kanton Bern – das können wir hier schon festhalten – gilt nicht gerade als Vorzeigekanton für Gemeindefusionen. Aus der Beantwortung des eigentlichen Vorstosses ist ersichtlich, dass die kleinräumige Struktur auch ihren Beitrag dazu leistet, dass der Kanton Bern die auch bekannten wirtschaftlichen und strukturellen Probleme hat. Neben den rund 350 Gemeinden kennt der Kanton Bern weitere 800 Körperschaften, die öffentlich-rechtliche Aufgaben erbringen. Wenn sich dann Gemeinden zu Fusionen durchringen können, dann ist dies heutzutage wahrscheinlich schon fast ein Wunder. Seit zehn Jahren wurden in unserem Kanton nur gerade 30 Fusionen mit 70 beteiligten Gemeinden durchgeführt. Ich glaube, andere Kantone – dazu haben wir in der SAK auch Berichte erhalten – sind da erfolgreicher.

Etliche Gemeinden kennen folgende Probleme oder werden sie in Zukunft vielleicht einmal bekommen: Wir haben gelesen, dass das Besetzen von Exekutivämtern schwierig wird; die immer komplexeren Verfahren, beispielsweise bei Baubewilligungen, werden immer schwieriger; man muss sich weiterbilden und so weiter, und vielleicht gibt es auch bei kleineren Gemeinden finanzielle Probleme. Natürlich funktioniert die Mehrheit der Gemeinden hervorragend. In der SAK haben wir in diversen Workshops zum vorliegenden Bericht erfahren können, weshalb diese Situation der Kleinstrukturiertheit im Kanton Bern vorherrscht. Ich glaube, wenn man nur davon ausgeht, dass man mit einer Fusionierung gerade sofort Geld sparen kann, dann hat man eine falsche Erwartung und Motivation für die Gemeindefusionen. Die finanziellen Einsparungen, die man sich erhofft, sind erst mittelfristig erreichbar. Andere Vorteile, die grössere Gemeinden vielleicht erzielen können, werden oft vergessen oder teilweise einfach unbewusst genutzt. Beispielsweise können Synergienutzungen, wie man sie von der Feuerwehr kennt, noch mehr gemacht werden. Aber es gibt auch neue Möglichkeiten, die man oft vergisst: beispielsweise die raumplanerischen Möglichkeiten. Man hätte plötzlich mehr Flexibilität, wodurch man vielleicht auch neue Bürgerinnen und Bürger anlocken könnte.

Jetzt liegt der Bericht vor, der acht Modelle geprüft hat. Für die Vernehmlassung, die der Regierungsrat durchgeführt hat, standen zwei Varianten einander gegenüber. Die Variante 1, die sogenannte «Optimierung light», oder nennen wir sie nun einfacher einmal «Freiwilligkeit», beinhaltet folgende Punkte: Wie gesagt: Beibehaltung der Freiwilligkeit, Optimierung der Förderinstrumente, gezielten Ressourceneinsatz, Förderung von Zentrumsfusionen, aktivere Einflussnahme durch den Kanton in den Projektprozessen. Variante 2 ist der sogenannte «Strategiewechsel», bei dem eben die Freiwilligkeit wegfällt und es verbindliche Vorgaben für die Umsetzung eines Zielmodells gibt:

Zielvorgaben innerhalb einer Frist, allenfalls Anordnung von Fusionen und allenfalls Anpassung von verfassungsrechtlichen Grundlagen. In der Vernehmlassung wurden 70 Eingaben gemacht, und danach legte der Regierungsrat fest, dass er nur noch die Variante 1 mit der Freiwilligkeit weiterverfolgen will. Diese Entscheidung haben auch die meisten Gemeinden, Gemeindeorganisationen und Parteien in der Vernehmlassung propagiert. Keine Eingabe in der Vernehmlassung von Organisationen und politischen Parteien lehnte es ab, dass die Anzahl der Gemeinden verringert werden soll.

Der Regierungsrat hat deshalb nun fünf Leitsätze definiert, die als konkrete Handlungsempfehlungen zu verstehen sind. Leitsatz 1: Unter der Leitung des Kantons und unter Einbezug der Gemeinden soll ein Zielbild «Gemeindelandschaft Kanton Bern» erarbeitet werden – also kein fixer Plan, wo fast jede Gemeinde schon beinahe irgendwo zugeteilt ist, sondern ein Zielbild. Auch ist keine fixe Zielgrösse bezüglich der Anzahl Gemeinden vorgesehen. Leitsatz 2: Finanzielle und personelle Ressourcen werden gezielt für strategische Fusionen eingesetzt. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen für die Gewährung von finanzieller Unterstützung sollen überarbeitet werden. Leitsatz 3: Mit einem neuen Zentrumsbonus werden gezielt Fusionen von mehreren Kleinstgemeinden mit einer Zentrumsgemeinde, aber auch Fusionen in der Agglomeration gefördert. Wichtig: Man versteht hier nicht nur Zentrumsgemeinden bei den grossen Städten wie Bern, Biel, Thun und so weiter, sondern es können neue, sogenannte Kleinzentren, entstehen. Dass es Geld kostet, solche Fusionen zu unterstützen oder voranzutreiben, sind sich der Regierungsrat und die SAK bewusst, und dies haben wir auch von erfolgreichen Kantonen in Fusionen bestätigt erhalten. Nur so kann man vielleicht auch das Argument entkräften, wonach viele finanzschwache Gemeinden sagen: Ja, wir wollen eigentlich fusionieren, aber die anderen Gemeinden haben Angst, uns zu übernehmen.

Leitsatz 4: Der Kanton nimmt hier aktiv Einfluss auf den Abklärungs- und Umsetzungsprozess von Gemeindefusionen gemäss dem Zielbild und den Förderräumen. Leitsatz 5: Die bestehenden Durchsetzungs- und Zwangsinstrumente werden auf der Basis dieses Zielbilds konsequenter eingesetzt, aber auch dort mit grösster Vorsicht, oder einfach dort, wo es Sinn macht oder notwendig ist.

Die SAK hat diesem Bericht mit diesen Leitsätzen einstimmig zugestimmt und möchte Ihnen dies hier nun auch empfehlen. Der Kommission ist es auch bewusst, dass Fusionen, wie in der Wirtschaft auch, bei den Gemeinden und bei den Bürgerinnen und Bürgern Ängste und Ablehnung hervorrufen können. Die Vorteile sind aber unserer Meinung nach nicht von der Hand zu weisen. Die Fusionen werden eh nur erfolgreich sein, wenn dies von unten herkommt, wenn es von der Gemeinde hergewollt ist. Wenn ein Gemeindepräsident, eine Gemeindepräsidentin, ein Gemeinderat die positiven Merkmale einer solchen Entwicklung aufzeigt und auch überzeugt auftritt und argumentiert, werden die Bürgerinnen und Bürger dies auch unterstützen. Für mich persönlich ist der Kanton Glarus immer noch das beste Beispiel. Dort hat die Politik an der Landsgemeinde vorgestellt, sie wolle die Gemeindeanzahl reduzieren, irgendwo zwischen 10 und 25. Die Landsgemeinde selbst – also der Stimmbürger – sagte nachher «Wir machen nur noch drei Gemeinden» und verabschiedete dies.

Jetzt noch eine Bemerkung zu den eingereichten Planungserklärungen, die wir in der Kommission zwar nicht besprochen haben. Teilweise haben wir diese Fragen aber auch gestellt. Eigentlich widersprechen wir ihnen ein wenig, durch die einstimmige Empfehlung, die wir Ihnen für diesen Bericht abgeben. Der Antrag 1 von Kollege Freudiger, SVP, entspricht eigentlich einem Passus des Berichts auf Seite 11 fast wortwörtlich. Also: Der Regierungsrat hat keine feste Zahl angegeben oder empfohlen, wie viele Gemeinden es im Kanton Bern geben soll. Diese Planungserklärung ist also flüssiger als flüssig, nämlich überflüssig. Die anderen beiden Anträge zielen auf einzelne Leitsätze, und eigentlich widerspricht dies nachher dem Bericht. Also: Wie gesagt, will man eigentlich fast eine Feuerwehr organisieren, aber dieser dann die Schläuche wegnehmen. Vor allem wurde das mit dem Zentrumsbonus ganz klar auch in der Vernehmlassung vom Verband Bernischer Gemeinden (VBG) als gut befunden.

Wie gesagt: Die Kommission beantragt einstimmig die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts. An dieser Stelle möchte ich im Namen der Kommission der Verwaltung und Frau Direktorin Allemann herzlich für die gute Zusammenarbeit und auch für die Antworten auf die vielen kritischen Fragen danken. Sie können es glauben: Wir haben sehr viele kritische Fragen gestellt. Sie wurden alle kompetent und schnell beantwortet. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Für die Planungserklärungen zum ersten und zweiten Leitsatz ist das Wort frei für Patrick Freudiger.

Planungserklärung SVP (Freudiger, Langenthal) – Nr. 1

Leitsatz 1

Das Zielbild ist pragmatisch und ohne Orientierung an einer Zielgrösse von Gemeinden im Kanton Bern, insbesondere nicht an der Grösse von 100–150 Gemeinden, zu erarbeiten.

Déclaration de planification UDC (Freudiger, Langenthal) – n° 1

Principe directeur 1

La vision stratégique est élaborée de manière pragmatique, sans référence à un objectif à atteindre dans le canton de Berne, en particulier sans mentionner l'ordre de grandeur de 100 à 150 communes.

Planungserklärung SVP (Freudiger, Langenthal) – Nr. 2

Leitsatz 2

Die finanziellen und personellen Ressourcen sollen die heute für Gemeindefusionen gesamthaft aufgewendeten Mittel nicht übersteigen.

Déclaration de planification UDC (Freudiger, Langenthal) – n° 2

Principe directeur 2

Les ressources financières et humaines ne doivent pas dépasser la somme globale des moyens actuellement consacrés aux fusions de communes.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich stelle Ihnen die ersten beiden Planungserklärungen der SVP-Fraktion vor. Als wir den ersten regierungsrätlichen Bericht sahen, in Bezugnahme auf den Grundlagenbericht, fühlten sich einige von uns, wenn nicht die Mehrheit, wie im falschen Film, weil man hier quasi mit dem Holzhammer versucht, die Gemeindelandschaft neu zu ordnen. Es ist nun effektiv so, dass der aktuell vorliegende Bericht um einiges moderater und einiges pragmatischer ist, als das, was ursprünglich angedacht wurde. Dies würdigen wir. Der jetzige Bericht ist besser; das ist richtig. Aber er ist nach unserer Auffassung noch nicht gut, und wir versuchen nun hier mit drei Planungserklärungen – nach unserer Wahrnehmung – im positiven Sinne, im Sinne der Gemeinden Einfluss zu nehmen. Uns stört am Bericht nach wie vor, dass die Gemeindevielfalt grundsätzlich als Hypothek betrachtet wird. Diese Ansicht teilen wir nicht. Wir sind der Meinung, die Gemeindevielfalt sei eine Stärke des Kantons Bern. Wir glauben auch nicht, dass es finanzielle Vorteile bringt, wenn man hier grossflächig fusioniert. Die bisherigen Gemeindefusionen haben nicht zu substantziellen Einsparungen geführt.

Weshalb nun die beiden Planungserklärungen? – Wir haben nichts dagegen, wenn man Förderräume definiert und Fusionsspielräume auslotet. Wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, dass man hier versucht, bottom-up vorzugehen, also quasi von unten nach oben zu schauen, wo es Potenzial für Fusionen gibt. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass man hier nicht fixe Grössen will, und trotzdem ... Ich bedaure es ein wenig, dass der Kommissionssprecher hier nur die Hälfte dessen, was auf Seite 11 steht, vorgelesen hat. Es heisst eben zum Zielbild: «Es orientiert sich bei der Erarbeitung aber an der im Grundlagenbericht vom 31. Mai 2017 aufgezeigten Erkenntnis, dass eine Reduktion auf 100 bis 150 politische Gemeinden erhebliche Verbesserungen mit sich brächte.» Genau diese Ansicht haben wir eben nach dem Gesagten nicht, und wir erachten es als widersprüchlich und letztlich als eine verpasste Gelegenheit, wenn man auf der einen Seite sagt, wir wollen flexibel denken, wir wollen Spielräume ausloten, wir wollen von unten nach oben denken, wir wollen keine fixe Zielvorstellungen haben. Und beinahe im selben Satz sagt man: Ja, aber wir haben dann gleichwohl eine Zielvorstellung vor Augen. 100 bis 150 Gemeinden sollten es gleichwohl sein. Dann macht man eben genau den Fehler, den man eigentlich vermeiden wollte, nämlich, dass man eine strukturelle Grösse von Gemeindefolgen hat und dass man die Förderräume nicht dort definiert, wo es Sinn macht, sondern man definiert dann die Förderräume wieder entlang der Vorstellung, wie viele Gemeinden am Schluss übrigbleiben sollten. Deshalb die Planungserklärung, die eben alles andere als überflüssig ist, wenn man die gesamte Seite 11 liest. Wir möchten eine flexible, eine echt pragmatische Erarbeitung dieses Zielbilds haben und hier eben nicht schon wieder konkrete Vorgaben machen, wie viele Gemeinden es geben sollte. Im Übrigen sind wir sehr überzeugt davon, dass mehr – und zwar deutlich mehr als 150 Gemeinden – für den Kanton Bern gut sind.

Die Planungserklärung ist auch deshalb wichtig, weil im Leitsatz 5 festgehalten wird, dass sich die regionalen Interessen für Zwangsfusionen auch anhand dieses Zielbilds definieren lassen sollen. Dann ist es eben umso mehr wichtig, dass man dieses Zielbild nicht strukturell schon auf eine Grösse von Gemeinden vorbereitet. Denn dann schafft man eben mittelbar, dass dieses Zielbild als

Hilfe zur Auslegung der regionalen Interessen, die eine Zwangsfusion ermöglichen, dienen soll. Wenn man dieses Zielbild anhand fixer Vorstellungen erarbeitet, schafft man eben auch hier eine Grundlage mehr, die es dann doch ermöglicht, vermehrt Zwangsfusionen zu machen. Das sind die Überlegungen zur ersten Planungserklärung.

Bei der zweiten Planungserklärung ist es so: Die SVP-Fraktion wehrt sich sicher nicht dagegen, dass man finanzielle Mittel priorisiert und man diese geschickt für strategisch wichtige Fusionen einsetzt. Wir sind aber einfach der Meinung, es sollte dann in der Summe kostenneutral sein. Also: Es kann nicht sein, dass man hier beginnt, eine Art Fusionsbürokratie zu schaffen, sondern unsere Idee ist es, dass man das Geld, das man hat, effizienter und zielgerichtet einsetzt – eben strategisch priorisiert.

In meiner Heimat im Oberaargau hatte man eine Fusion von elf Gemeinden angedacht. Diese scheiterte; das Projekt war nie lebensfähig. Elf Gemeinden, das ist ein viel zu grosser Perimeter. Hier wurden unnötig kantonale Mittel für Fusionen ausgegeben, welche die Basis nicht will. Die Idee einer strategischen Priorisierung sehen wir eben genau so, dass das Geld, das man für ein Projekt ohne Rückhalt bei der Basis investiert, eben gescheiter anders investiert, nämlich in Fusionen, die von der Basis gewünscht sind und strategisch eben Sinn machen.

Das wären die beiden Planungserklärungen der SVP. Wir gingen bewusst nicht auf tutti. Wir haben mit wenigen Anliegen versucht, hier Einfluss zu nehmen, um letztlich auch eine Mehrheitsfähigkeit zu gewährleisten. Wir würden uns freuen, wenn Sie diese Planungserklärungen unterstützen würden.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Für dritte Planungserklärung der SVP spricht Grossrat Samuel Krähenbühl.

Planungserklärung SVP (Krähenbühl, Unterlangenegg) – Nr. 3

Leitsatz 3

Auf die Einführung eines Zentrumsbonus ist zu verzichten.

Déclaration de planification UDC (Krähenbühl, Unterlangenegg) – n° 3

Principe directeur 3

Il convient de renoncer à l'instauration d'un bonus destiné à encourager les fusions des centres avec les communes environnantes.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich nehme es vorweg: Ich bin persönlich überhaupt kein Fusionsgegner. Bei uns gab es vor acht Jahren ein Projekt für eine Fusion im Zulgtal, die ich persönlich befürwortete und die leider scheiterte. Ich startete auch im kleineren Rahmen vor wenigen Jahren noch einmal einen Versuch, zumindest mit der Nachbargemeinde Oberlangenegg zu fusionieren. Das versandete dann leider auch. Fusionen können Sinn machen, wenn sie freiwillig sind und mit Augenmass vorgenommen werden. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht übertreiben und dass wir keine Instrumente einführen, die nicht zielführend sind und die es auch gar nicht braucht. In diesem Sinn stelle ich hier die dritte Planungserklärung der SVP vor: «Auf die Einführung eines Zentrumsbonus ist zu verzichten.» Diesen braucht es einfach gar nicht. Ich versuche nun, Ihnen anhand konkreter Beispiele aus meiner nächsten Umgebung zu sagen, weshalb nicht.

Steffisburg und Schwendibach fusionieren; das kommt zustande. Schwendibach hat 250, Steffisburg 15 816 Einwohner. Das wäre nun wohl ein solcher Fall, wo man sagen könnte: Da geht es um den Zentrumsbonus. Wissen Sie was? – Diesen braucht es gar nicht. Steffisburg merkt gar nicht, beispielsweise was die Steuern betrifft, Steuerfuss und so weiter, dass Schwendibach hinzukommt. Es hat so wenig Volumen im Vergleich zu Gesamt-Steffisburg. Das kommt auch ohne diesen Bonus zustande. Ein anderes Beispiel ist im Moment im Westamt. Ich erinnere beispielsweise an Stocken und Höfen, wo Oberstock, Niederstock und Höfen zusammengingen und es dort nun anschliessend ein Projekt gibt zwischen Forst-Längenbühl, das schon früher fusioniert hat, Wattenwil und Pohlern. Dort ist es schwieriger. Dort ist das Problem, dass sie eben alle ähnlich gross sind. Zudem ist dort das Problem, dass Forst-Längenbühl bezüglich gewisser Tarife und Spezialfinanzierungen, besser dasteht als Wattenwil. Es ist noch nichts entschieden, und ich will es auch nicht herbeireden. Aber dort ist es aus diesem Grund schwierig.

Also: Die finanzielle Schieflage zwischen finanzkräftig und weniger finanzkräftig gibt es eben häufig gerade dann, wenn ähnlich grosse Gemeinden fusionieren wollen, und nicht bei sehr unterschiedlich grossen. Bei sehr unterschiedlich grossen Gemeinden fällt dies gar nicht ins Gewicht. Deshalb

habe ich das Gefühl, es bringe gar nicht viel, wenn man zusätzlich zum Fusionsbeitrag einen solchen Fusionszentrumsbonus herbeiredet. Wenn schon, müsste man sich überlegen – dafür bin ich auch nicht unbedingt –, ob man den allgemeinen Fusionsbonus, den es ja gibt, hinaufsetzen müsste. Denn diese Fragen sind häufig eben am Ursprung, wenn solche Fusionen nicht zustande kommen. Vielleicht noch etwas zum VBG: Ich habe sehr grosse Sympathien für den VBG, Carlos Reinhard, Daniel Bichsel. Ich unterstütze häufig auch die Anträge. Aber auch der VBG hat halt manchmal intern eine gewisse Schiefelage, weil die Grossen relativ mehr Gewicht haben als die Kleinen. Ich glaube, dies ist hier vielleicht auch ein wenig der Fall. Ich weiss auch nicht, wie lange sie darüber gebrütet haben. Deshalb: In diesem Sinn bitte ich Sie: Nehmen Sie diese Planungserklärung an, und verzichten Sie auf diesen Zentrumsbonus, weil er in dieser Form ein unnötiges Instrument ist.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, zuerst für die BDP-Fraktion Vania Kohli.

Vania Kohli, Bern (BDP). Kurz und bündig kann ich es machen: Die BDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den vorliegenden Bericht und wird diesen auch einstimmig zur Kenntnis nehmen. Vor allem begrüssen wir, dass am Fusionsrichtplan nicht festgehalten wurde. Die drei Planungserklärungen – auch dies kurz und bündig – werden wir ablehnen. Noch einmal nur ganz kurz: Vielleicht könnte man die Gemeinden dazu ermuntern, noch häufiger als heute aufeinander zuzugehen, um Aufgaben freiwillig gemeinsam anzugehen und auch zusammen zu lösen. Viele tun das bereits, und – oh Wunder! – man sieht, dass es geht, und man kann so auch helfen, Ängste abzubauen. Irgendwann kommt man zur Erkenntnis, dass eine Fusion kein Schreckgespenst ist, sondern auch etwas Gutes sein kann: So wie beispielsweise eine Schale für mich definitiv besser ist, als zuerst pure Milch und nachher puren Kaffee zu trinken.

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (FDP). Le groupe PLR a pris connaissance du rapport à venir du découpage géopolitique du canton de Berne. Il soutient les objectifs fixés et est favorable à l'encouragement ciblé des fusions de communes à caractère stratégique et à la création d'un bonus pour les fusions avec une commune centre. Je suis satisfait, personnellement, comme co-auteur du postulat, du développement et de l'étude faite par la direction de la justice concernant cette provocation de l'époque : à quoi pourrait donc ressembler le canton de Berne avec le chiffre de 50 communes comme électrochoc. Les mots « sollicitation », « incitation », « motivation », et « collaboration » doivent amener les responsables politiques aux fusions ; sans obligation, sans pression, mais avec souplesse et flexibilité. Petites communes, mettez-vous ensemble pour devenir grandes ! C'est un défi pour l'avenir de notre canton. Rendons-le plus attractif et plus dynamique ! Ce sont les citoyens qui doivent comprendre et amener la fusion. C'est un processus par étapes, qui demande du temps et un changement de mentalité, avec beaucoup d'émotions, c'est vrai, mais c'est aussi normal. Le ton fait la musique, dit le proverbe. La notion de flexibilité est importante. Pas d'obligations, pas de menaces, mais plutôt le bon sens. Pas de cartes ou découpages dirigés, pas de plans directeurs, pas de fixations à l'avance du nombre de communes. Dans ce sens-là, je remercie la conseillère d'Etat et sa Direction pour sa grande compréhension et son engagement vers un processus participatif pour améliorer l'attractivité de notre canton. Je vous recommande donc la prise de connaissance du rapport, et le rejet des trois déclarations de planification.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Karin Fisli das Wort.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Die SP-JUSO-PSA wird diesen Bericht des Regierungsrates über die Zukunft der Gemeindeflandschaften im Kanton Bern zur Kenntnis nehmen. Wir bedauern es aber sehr, dass der Regierungsrat auch hier kein Feuerwerk zündet und Fusionen weiterhin nur auf Freiwilligkeit beruhen. Der Kanton Bern hat schweizweit am meisten Gemeinden. Das kann nicht zielführend sein. Bereits in der Vernehmlassung hat die SP stärkeres Eingreifen des Kantons gefordert. Wir erwarten von der Regierung, dass sie sanften Druck ausübt und möchten, dass der Kanton aktiv strategische Fusionen fördert, und dabei die Rolle des Moderators übernimmt. Gute Beispiele müssen bekannt gemacht werden, um so andere Gemeinden anzuspornen, diesen Weg auch zu gehen.

Alle drei Planungserklärungen lehnen wir ab. In der Vernehmlassung kam klar heraus, dass die Anzahl von 100 bis 150 Gemeinden eine nennenswerte Zustimmung erhalten hat. Im Bericht ist

diese Zielgrösse nicht gefestigt. Also ist diese Planungserklärung überflüssig. Den Zentrumsbonus begrüssen wir hingegen sehr, und auf keinen Fall soll darauf verzichtet werden. Auch ist klar, dass Fusionen nicht günstig sind. Deshalb lehnen wir auch die andere Planungserklärung ab. Es braucht Investitionen, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Wir begrüssen, dass die nächsten Schritte in einem partizipierenden Prozess gemacht werden sollen und die Betroffenen ins Boot geholt werden. In diesem Sinn nehmen wir den Bericht zur Kenntnis.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Im Namen der Fraktion danke ich dem Regierungsrat für diesen Bericht. Ich sage es gerade vorweg: Wir nehmen davon Kenntnis und bekennen uns auch zu den fünf zentralen Leitsätzen, die aufgeführt sind. Allerdings möchte ich – wie meine Vorrednerin auch – dem Bedauern Ausdruck geben, dass der Regierungsrat nicht eine etwas mutigere und aktivere Rolle eingenommen hat, und möchte ihn durchaus ermutigen, eine solche künftig trotzdem auch in der Praxis einzunehmen.

Die drei Planungserklärungen der SVP können wir nicht anders als Boykott gegenüber sämtlichen Fusionsabsichten interpretieren. Nähme man diese an, führte dies zu einer Zementierung der Gemeindelandschaft des Kantons Bern, und, wie Sie wissen, sind wir Grünen nicht so wahnsinnig für Beton. Den ursprünglichen Fusionsrichtplan, der in der Vernehmlassung durch einige, aber nicht durch alle Teilnehmenden, bestritten wurde, hat der Regierungsrat jetzt noch weiter abgeschwächt. Von den übriggebliebenen Absichten sind eigentlich drei Punkte griffigerweise noch zu nennen, und diese werden eben mit den Planungserklärungen angegriffen: die 100 bis 150 Gemeinden, gezielte finanzielle und personelle Ressourcen durch die Verwaltung einsetzen und die Einführung des Zentrumsbonus. Genau dies lehnt die SVP ab, also das, womit man noch etwas Handlungsmöglichkeiten hätte und eingreifen könnte. Dies bedauern wir sehr. Es ist eine Haltung, von der wir sagen, dass sie dem Kanton Bern die Chance nimmt auf eine gewisse Dynamik, die dringend nötig ist. Stimmen Sie daher bitte diesen drei Planungserklärungen nicht zu.

Berichte, die zitiert wurden, wonach Fusionen nicht gerade sofort zu einer riesigen Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen führen, sind mir auch bekannt. Ich kann aber aus einer eigenen Erfahrung berichten. Ich war selbst beteiligt und auch ein massgeblicher Initiant einer Fusion von vier Kirchgemeinden im Raum Biel, wo schlussendlich 12 000 Mitglieder in einer neuen Kirchgemeinde zusammengefasst wurden. Dadurch wurden diese zu einer der grössten Kirchgemeinden des Kantons Bern. Wir haben nicht von Anfang an gespart, aber wir konnten in der Folge sehr viel besser auf veränderte Rahmenbedingungen eingehen. Als danach Sparmassnahmen nötig waren, konnten wir besser auf diese eingehen und konnten sie auch umsetzen. Wir sind heute eine Kirchgemeinde, die von aussen wahrgenommen wird, weil wir eine gewisse Grösse haben, weil wir auf Partner zugehen und auch regionale Projekte anstossen können. Dies alles wäre ohne die Fusion nicht möglich gewesen. Jede Kirchgemeinde hätte weiterhin vor sich hin gebastelt.

Genau solche Zielsetzungen, solche Möglichkeiten wären eben durch strategische Fusionen möglich, soweit diese der Bericht auch nennt. Ich denke, es ist eben auch strategisch zentral, zu schauen, wo es Sinn macht. Ich sage nun: Zwischendurch dürfte man dort vom Kanton eben auch mit ein wenig mehr Aktivität eingreifen, ohne dass man gerade Zwang ausüben muss. Aber wo es strategisch sinnvoll ist, soll man sich dafür einsetzen, dass wir eben doch einmal massgeblich von den immer noch 350 Gemeinden des Kantons Bern herunterkommen. Fusionen sind kein Allheilmittel. Dies würde ich auch unterschreiben. Aber sie können und werden, wenn wir nicht nur weiterhin so tröpfchenweise, sondern wirklich vorwärtsmachen, zu einem aktiveren und attraktiveren Kanton Bern führen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Verena Aebischer, Riffenmatt (SVP). Die SVP-Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass der Bericht sehr viel moderater daherkommt, als damals bei der Vernehmlassung noch anzunehmen war. Insbesondere sind wir froh, dass auf die unsägliche Karte mit den scheinbar sinnvollen Grenzen verzichtet wurde. Trotzdem hat die SVP gewisse Bedenken gegenüber diesem Bericht. Uns ist es wichtig, dass die Freiwilligkeit nach wie vor oberstes Gebot ist und man von der Idee wegkommt, dass kleinere Gemeinden eine Belastung für den Kanton sein sollen. Als Gemeindeschreiberin einer Gemeinde mit 1000 Einwohnern erlebe ich die Vorteile tagtäglich, wenn die Wege zwischen Bürgern und Behörden klein sind und man sich als Verwaltung auch die Hintergründe – beispielsweise gerade bei einem Baugesuch – vorstellen kann und eben kennt. Bereits heute organisieren sich die Gemeinden sehr gut durch interkommunale Zusammenarbeit, sei es bei der Schule, der Feuerwehr oder in anderen Bereichen. Eine kleine Gemeinde kann nämlich – so lange die Behörden gestellt werden können und man die Finanzen im Griff hat – sogar eine Bereicherung für den Kanton

darstellen. Wir sind froh, dass man von diesem ursprünglichen Zielbild von 50 Gemeinden weggekommen ist. Jedoch wird nach wie vor im Bericht erwähnt, dass eine Reduktion auf 100 bis 150 Gemeinden eine Verbesserung bringe. Wie erwähnt, sehen wir dies vonseiten der SVP nicht gleich und sind der Meinung, dass man die Chancen von kleinen Gemeinden – gerade in Bezug auf den Dienstleistungsgedanken – durchaus nutzen kann und soll.

Wir finden es zwar durchaus beruhigend, dass die Verfassung des Kantons Bern (KV) nicht angepasst werden soll. Sorge macht uns aber die Aussage, dass man die bestehenden Durchsetzungsinstrumente künftig effizienter einsetzen will. Eine funktionierende, sinnvolle Fusion muss von unten wachsen, damit sie von Bürgern und Behörden akzeptiert wird. Auch der Einsatz des sogenannten Zentrumsbonus sehen wir eher kritisch. Uns ist wichtig, dass die bestehenden Ressourcen nicht erhöht, sondern sinnvoll eingesetzt werden, weil der Einsatz von höheren finanziellen Mitteln hier nicht zum Ziel führt.

Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion der ersten Planungserklärung zum Leitsatz 1 sowie der zweiten Planungserklärung zum Leitsatz 2 einstimmig zustimmen. Die Planungserklärung zum Leitsatz 3 den Zentrumsbonus betreffend findet eine grossmehrheitliche Zustimmung in der Fraktion. Den Bericht würden wir nach Annahme der Planungserklärungen einstimmig zur Kenntnis nehmen. Wenn aber die Planungserklärungen hier keine Mehrheit finden, wird auch ein Teil der SVP-Fraktion die Kenntnisnahme des Berichts ablehnen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Bei Gemeindefusionen lehnt die EDU-Fraktion jeglichen Zwang gegenüber Gemeinden ab. Wir sind deshalb froh, ist der Regierungsrat von der ursprünglichen Strategie, wie er sie in der Vernehmlassung vorgelegt hat, nämlich ein Fusionsrichtplan, der von oben diktiert wird, weggekommen. Er ist auf einen pragmatischen Weg zurückgekommen, den wir richtig finden, nämlich, dass der Kanton unter Einbezug der Gemeinden Fusionen erarbeitet, und er kann durchaus auch Anreize setzen. Das ist der richtige Weg, umso mehr als auch eine Studie der Universität St. Gallen 2016 aufgezeigt hat, dass Fusionen keinen Spareffekt haben.

Noch ein Wort zum Zentrumsbonus: Da ist ja die Ausgestaltung noch gar nicht klar, und wir finden es eigentlich verfrüht, jetzt schon zu sagen: Das ist nichts. Wir wären also bereit, uns einmal anzuschauen, was als Vorschlag von der Regierung kommt. Deshalb werden wir die Planungserklärungen 1 und 2 annehmen, aber die Planungserklärung 3 ablehnen.

Die EDU-Fraktion bedankt sich für den Bericht und wird ihn einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Die Glp-Fraktion bedankt sich ebenfalls bei der Regierung und der Verwaltung für den Bericht und ist zufrieden mit dem Ergebnis. Man hat acht Varianten geprüft, zwei zur Vernehmlassung gebracht und sich jetzt entschlossen, dass man die bisherigen Mittel oder die bisherigen Instrumente optimieren, neu einen Zentrumsbonus einführen, gezielt strategische Fusionen fördern und eben die Mittel für diese einsetzen will. Man will Förderregionen bilden, keine fixen Karten zeichnen, sondern sinnvolle Regionen zusammen mit den Betroffenen definieren. Raumplanung ist dort ein grosses Thema, ein Thema, das uns zukünftig auch in anderen Bereichen beschäftigen wird. Auch die glp findet es sinnvoll, dass Fusionen künftig freiwillig bleiben sollen und der Regierungsrat dort entsprechend die Instrumente Zwangsfusionen, Parazwangsfusionen sehr zurückhaltend einsetzt. Die Grünliberalen empfehlen den Bericht einstimmig zur Kenntnisnahme.

Zu den Planungserklärungen: Wir werden alle drei ablehnen. Wie der Sprecher der SAK bereits gesagt hat, ist die Planungserklärung 1, die nicht will, dass man sich beim Zielbild an einer Zielgrösse orientiert, obsolet. Die Regierung hat klar definiert, dass sie qualitative Punkte bevorzugen und nicht quantitative Ziele fördern will. Zur Planungserklärung 2: Auch dort sind wir der Meinung, dass der Regierungsrat klar gesagt hat, er wolle die bestehenden Mittel optimieren. Zudem muss man schon sehen: Wir haben 2 Mio. Franken für die Unterstützung von Fusionen zur Verfügung. 2 Mio. Franken pro Jahr bei 350 Gemeinden, wo man klar ein Bekenntnis abgegeben hat – auch im Grossen Rat –, dass man reduzieren will, ist nicht gerade die Welt. Wir sind auch der Meinung, wenn die Regierung zum Schluss kommt, dass sie dort mehr Mittel braucht, solle sie uns dies in einem Kredit vorlegen können. Der Entscheid, ob wir dem zustimmen wollen oder nicht, liegt nachher immer noch bei uns.

Bei der Planungserklärung Krähenbühl kann ich mich meinem Vorredner von der EDU anschliessen. Der Zentrumsbonus ist ein neues Instrument. Wie er genau eingesetzt oder ausgestaltet wird, ist noch offen. Wir sind der Meinung, dass dieser gerade für finanzschwache Gemeinden oder auch gerade bei neu entstehenden Zentren sehr sinnvoll sein kann. Es ist auch das einzige neue Instrument, das geschaffen wird, und wir sind der Meinung, das sollte man unterstützen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Als letzter Fraktionssprecher: Grossrat Ruedi Löffel für die EVP.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Dieses Geschäft ist ein schönes Beispiel dafür, dass auch ein Postulat etwas bewirken kann. Wir haben hier im Grossen Rat sonst ja manchmal ein wenig das Gefühl, ein Postulat sei ein wenig ein Trostpreis für jene, die sonst nichts zustande bringen. Jetzt sehen wir, welchen fünfjährigen Prozess, der noch weitergeht, dies ausgelöst hat. Es ist also eine Ermutigung für uns alle, zukünftig auch für ein Postulat zu kämpfen.

Was bisher herausgekommen ist, ist aus Sicht der EVP gut und richtig, und deshalb nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis, inklusive der formulierten Leitsätze. Für die EVP ist es wichtig, dass die Freiwilligkeit bei dieser ganzen Gemeindefusionsdiskussion weiterhin im Zentrum steht und als Grundsatz gilt. Für die EVP ist es zielführend, dass der Kanton Förderräume für Fusionen erarbeiten will, und zwar eingebettet in eine Gesamtschau, in ein Gesamtkonzept, das die zukünftige Gemeindefusion im Auge hat. Für die EVP ist es richtig, dass keine konkrete Zahl genannt wird, sondern dass eben eine strategische Gesamtschau mit sinnvollen Fusionen verstärkt gefördert werden soll.

Wir begrüssen den Zentrumsbonus, weil es offenbar vorgekommen ist, dass eben eine Zentrums-gemeinde – vielleicht aus Angst vor einer Steuererhöhung oder vielleicht auch aus anderen Ängsten oder Unsicherheiten – eine geplante oder angedachte Fusion zu Fall gebracht hat. Deshalb macht es Sinn, diesen Zentrumsbonus jetzt weiterzudenken und zu schauen, wo und in welcher Art er sinnvoll ist.

Zu den drei Planungserklärungen: Wir sind auch ganz klar der Meinung, dass bisher vom Kanton nicht wahnsinnig viel zu viel Geld ausgegeben wurde, und als EVP sind wir nicht bereit, einen Deckel draufzulegen, im Sinne der zweiten Planungserklärung, die gesamthaft nicht mehr Mittel aufwenden will, respektive dies jetzt schon festlegen will. Wir sind der Meinung, es dürfe mehr kosten, als es bisher gekostet hat, wenn dann eben sinnvolle Fusionen vom Kanton unterstützt werden. Wir lehnen deshalb die zweite Planungserklärung ab, die erste ebenfalls. Es ist ein wenig unklar: Wie es jetzt im Leitsatz formuliert ist und im Bericht vorliegt, ist keine konkrete Zahl drin. Das finden wir von der EVP richtig. Es ist hier überflüssig – das hat ja schon der Kommissionssprecher gesagt –, noch eine solche Planungserklärung zu überweisen, auch die dritte Planungserklärung, ich habe es bereits gesagt. Die EVP unterstützt den Zentrumsbonus oder zumindest, dass man ihn weiterdenkt. Wir sind nicht bereit, dies schon von vornherein abzuklemmen, weil es eben durchaus sein kann, dass man so einer Zentrums-gemeinde hilft. Es muss ja nicht Steffisburg und Schwendibach sein. Es gibt eben auch andere Beispiele aus der Vergangenheit, wo es vielleicht geholfen hätte, wenn es irgendeine solche Möglichkeit gegeben hätte.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden, zuerst Urs Graf, SP.

Urs Graf, Interlaken (SP). Am 1. Juli 1894 trat in der Schweiz ein Gesetz in Kraft, nach dem die Schweiz eine einheitliche Ortszeit hat. Vorher hatten wir in der Schweiz das System von individuellen Ortszeiten. Diese differierten von Ort zu Ort teilweise um Minuten. Weshalb erliess man dieses Gesetz? Weshalb machte man diese Änderung? – Weil sich die Lebenswirklichkeiten verändert hatten. Zuvor hatte das Leben in geografisch engen Grenzen stattgefunden. Was hat dies nun mit der Gemeindefusion des Kantons Bern zu tun? – Auch hier müssen wir aufpassen, dass die politischen Strukturen noch im Einklang mit der Lebenswirklichkeit stehen. Die Gemeindefusion widerspiegelt die Lebenswirklichkeit vom Anfang des 19. Jahrhunderts.

Eine persönliche Erfahrung: Seit 14 Jahren politisiere ich in einer Gemeinde, die geografisch in der Mitte einer Kleinstadt liegt, mit zwei Gemeinden daneben, nämlich Matten-Interlaken-Unterseen. Zusammen haben wir 16 000 Einwohner. Interlaken und Unterseen je 6000, Matten 4000. Fusionsbemühungen scheitern nicht gerade im olympischen Rhythmus, aber doch regelmässig. Wir machen irreversible Fehler in der Raumplanung – irreversible Fehler. Wir machen Fehler in der Verkehrsführung. Wir machen Fehler in Infrastrukturfragen und bei der Erfüllung von dringend notwendigen Aufgaben. Momentan haben die drei Gemeinden beispielsweise die grosse Aufgabe, das Problem der Plattformwohnungen Airbnb zu regeln. Jede der Gemeinden hat einen Ausschuss gebildet. Jede Gemeinde wird von einem teuren Beratungsbüro begleitet; teilweise ist es dasselbe. Jede Gemeinde hat im Detail ein wenig differierende Lösungsansätze. Wir versuchen, nach Massgabe des Möglichen einen Konsens zu finden, bestmöglich zu kooperieren. In jeder dieser drei Gemeinden ist

die Verwaltung besorgniserregend überlastet. Wichtige Aufgaben werden verschoben oder gar nicht gelöst, wie beispielsweise die dringend notwendige Kontrolle der ausufernden Schwarzarbeit. Lieber werden in allen drei Gemeinden einzelne Verwaltungsangestellte mit den gleichen Problemen beschäftigt und zugemüllt. Mit derselben Anzahl von Leuten könnte man in einer Gemeinde mehr Probleme lösen und dies erst noch professioneller als mit drei Kommissionen, wodurch dreimal protokolliert werden muss.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich akzeptiere das Prinzip, dass es keine Zwangsfusionen geben sollte. Aber es muss viel Geld in dieses System hineingebracht werden. Sie merken: Wem das Herz voll ist, dem läuft der Mund über.

Noch zwei Dinge: Insbesondere ist die Planungserklärung 2 abzulehnen, und zu Carlos Reinhard möchte ich noch sagen: Glarus ist ja gerade ein Beispiel, wo dies vom Kanton kam. (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) Dort stimmte die Landsgemeinde zu. Das ist ein Kantonsorgan. Es muss etwas vom Kanton kommen.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Dieses Beispiel von Kollege Graf hat doch jetzt gerade ganz deutlich gezeigt, welche Gemeindevielfalt wir in diesem Kanton Bern haben, dass es eben genau richtig ist, dass eben dann am Schluss eine gute Entscheidung herauskommt, und es sehr gut ist, wenn eben genau drei Gemeinden vielleicht drei verschiedene Dinge diskutieren. Aber wenn der Kanton Bern von den verbleibenden 246 Gemeinden jetzt vor allem die kleinen Gemeinden ins Visier nehmen will, dann bin ich persönlich der Meinung, dass wir uns ganz klar zur Wehr setzen müssen. Viele hier im Grossen Rat haben heute beim Begriff «Gemeinde» ein wenig das Gefühl, das sei altmodisch, es sei unsozial, und man suche das Gute hier drin halt einfach im Grossen. Man hat das Gefühl, grosse Gemeinden seien besser als kleine Gemeinden, grosse Gemeinden seien professioneller als kleine und grosse Gemeinden arbeiteten dann günstiger als kleine. Man merkt es, der eine oder andere Sprecher der Grünen hat das Wort «Effizienzsteigerung» benutzt, die wohl jetzt doch nicht so stattfindet, wie hier immer suggeriert wird. Aber man wird absolut nicht müde, einander nachzusprechen, dass es im Kanton Bern zu viele Gemeinden geben soll, und das kann ich nicht verstehen. In den ruralen Gebieten ist es halt so: Da hat man Einfachwege, man hat Kurzwege, man telefoniert, man trifft schnell Entscheidungen, und was ist Ihnen dann lieber: Grossgemeinden, wo man den Bürgerinnen und Bürgern Briefe schreibt? Dann hat man eben lange Wege. Das ist ineffizient, und das ist nicht gut.

Ich erwähne es noch einmal: Wir in Därstetten haben 800 Einwohner, 80 Prozent Gemeindeverwaltung, 50 Prozent Finanzen und 60 Prozent in der Administration. Funktioniert super! Was wollen Sie noch mehr, als eine solche Gemeinde? Und eben: Die erhofften Spareffekte finden ja gar nicht statt. Es gibt sogar eine St.-Galler Studie, die dies ganz klar beweist. Zudem funktioniert die Zusammenarbeit ja auch. Sie wird ja gemacht: sei es bei der Feuerwehr, sei es im Zivilschutz oder was auch immer. Ich muss natürlich schon noch sagen: Am 30. April führten wir ja die Landsgemeinde in Wimmis durch. Geschätzte Anwesende, dort waren über 200 Gemeindevertreter anwesend, und wir verabschiedeten dort eine Resolution. Diese wurde – Stand heute – von über 180 Gemeinden im Kanton Bern unterschrieben, und diese Resolution wurde in jedem Gemeinderat behandelt. Es gab in jedem Gemeinderat eine Abstimmung. Die Leute bekannten sich, und dort kam ganz klar zum Ausdruck: Man will keinen Zwang, man will, dass Gemeindefusionen auf freiwilliger Basis stattfinden, und deshalb bitte ich Sie, diesen Bericht so nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP). Ich möchte ganz herzlich für diesen Bericht danken. Ich möchte dafür danken, dass man diese Thematik, die Herausforderungen der Gemeindefusionen mit Weitsicht und dem nötigen Respekt vor unserer Gemeindevielfalt und unter Einbezug der Gemeinden anpackt.

Ich möchte mich zur Planungserklärung 3 äussern. Grossrat Krähenbühl hat das Beispiel Wattenwil gebracht, Wattenwil, das sich überlegt oder daran ist, mit Forst-Längenbühl und Pohlern zu fusionieren. Wattenwil bezeichnet sich jetzt schon auf der Homepage als Zentrums-gemeinde im Oberen Gürbental. Wattenwil ist aber auch die Nachbargemeinde von Burgistein, wo ich zu Hause bin. In Wattenwil haben wir die regionale Bauverwaltung, den regionalen Sozialdienst, eine AHV-Zweigstelle und so weiter. Der Zentrumsbonus ist hier sehr sinnvoll, und es ist ganz wichtig, dass man hier weiterdenken kann, wie Wattenwil eben diese Funktion als Zentrums-gemeinde wahrnehmen kann, dass man diesen Radius öffnet, über Forst-Längenbühl-Pohlern hinaus, und dabei auch weitere Nachbardörfer wie beispielsweise Burgistein in die Überlegungen zur Weiterentwicklung einbezieht.

Zentrumsgemeinden sind aus meiner Sicht auch ganz wichtig in Bezug auf die Raumplanung. Wir sind ein Streusiedlungsgebiet. Mit der Bildung von Zentrumsgemeinden, einem Denken in funktionalen Räumen ist die Entwicklung einer Region viel günstiger; sie kann viel grossflächiger gedacht werden, sie kann auch in Bezug auf die Bautätigkeiten in einem ganz anderen Umfeld angepackt werden, als wenn wir – jede kleine Gemeinde in dieser Region – im Gegensatz dazu für sich alleine denken. Also, das Denken in einem grösseren Perimeter, in Zentrumsgemeinden, auch in Bezug auf die Raumplanung, auf die Bautätigkeiten, ist ganz wichtig. Dies ist auch im Interesse der Landwirtschaft und auch im Interesse der Landschaft wichtig, in der wir auch wohnen. Deshalb lehne ich die Planungserklärung 3 ganz klar ab.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Eines ist uns wohl allen klar: Der Kanton Bern ist mit seinen Gemeinden sehr, sehr kleinräumig strukturiert. Wird die kleinräumige Gemeindelandschaft in Zukunft nicht nur überlebensfähig sein, sondern werden die Gemeinden die vielfältigen, anspruchsvollen Aufgaben zukunftsgerichtet weiterführen können? Mit dem Begriff «Heimat» verbinden und identifizieren sich die meisten Menschen nicht als Europäer, Schweizer oder Berner, sondern mit ihrer Wohnsitzgemeinde. Das heisst, die Identifikation ist dort am grössten und damit auch mit vielen Emotionen verbunden – Emotionen, die sich auch auf die Frage der Autonomie der Gemeinden niederschlagen. Es ist meine Meinung, dass wir heute den Mut zum Neu-Denken und -Handeln aufbringen müssen. Die Bedürfnisse von gestern und heute sind nicht die Bedürfnisse und Anforderungen von morgen. Wir müssen in dieser Diskussion ein Zeichen setzen, damit wir bereit sind, künftig räumlich in anderen und grösseren Perimetern zu denken und zu handeln. Der Kanton Glarus hat uns dies vorgemacht, und es funktioniert.

Wir wollen uns nichts vormachen. In vielen Gemeinden haben wir bekannte Problematiken, und diese können wir auch nicht schönreden. An vielen Schlüsselstellen in der Verwaltung der Gemeinden herrscht Konsternation, wenn eine Kündigung eintrifft, sei dies bei den Bauverwaltungen, Finanzverwaltungen oder in der Gemeindeverwaltung. Knowhow geht weg und neues qualifiziertes Personal ist nicht in Sicht – und dies in immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen. Die Gemeinden sehen sich demzufolge gezwungen, einen Teil der Verwaltungen auszulagern. Ebenfalls kennen wir die Problematik zur Genüge, die Gemeinderäte in einer Gemeinde neu zu besetzen. Von den Finanzen will ich nun gar nicht zu sprechen beginnen.

Innerhalb der Gemeinden ist eine Zusammenarbeit in gemeinsamen Aufgaben in die Gemeindeverbände oder in andere Organisationen ausgegliedert. Die Zusammenarbeit ist ja eigentlich schon gegeben und könnte deshalb innerhalb von fusionierten Gemeinden vereinfacht werden und so Ressourcen freilegen, Urs Graf hat dies vorhin gesagt.

In den Planungsregionen beziehungsweise Regionalkonferenzen muss über Gemeindegrenzen hinaus entschieden werden. Dieses Denken und Handeln können wir in Zukunft auch bei den Gemeindelandschaften im Kanton Bern anwenden. Eine regional übergreifende Perspektive ist gefragt. – Jetzt blinkt hier die Lampe, das bringt mich aus dem Konzept. (*Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.*) – Wir können nicht auf Emotionen bezüglich der Gemeindeautonomie abstellen, sondern sollten den Blick auf das Wesentliche, Zukunft als Chance, richten. Es macht Sinn, wenn wir zusammenrücken: Nur gemeinsam sind wir stark. Die Planungserklärungen werden wir ablehnen.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Jetzt wurde ich schon ein wenig auf den Plan gerufen, namentlich von Kollege Graf und Kollegin Fuhrer. Zuerst zu Kollege Graf: Es geschehen bei Ihnen irreversible raumplanerische Fehler. Aber dann frage ich mich schon: Es gibt noch andere Instrumente, beispielsweise die Regionalkonferenz, Richtpläne und so weiter, wo ich mich dann auch frage: Halten diese Instrumente dann nicht stand? Zweiter Punkt: Weshalb fusionieren Sie dann nicht? Das verbietet Ihnen ja niemand. Woran scheitert es dann? Sie sind ja in bester Position, um dies vorwärts zu bringen. Also: Was ändert das dann hier? Das verstehe ich nicht ganz.

Zu Regina Fuhrer: Ich verstehe noch immer nicht, was dieser Zentrumsbonus soll. Das Beispiel Wattenwil ist relativ schlecht. Wattenwil hat weniger als 3000 Einwohner. Die anderen haben noch etwas weniger: Forst-Längenbühl hat 765 Einwohner und Pohlern 250. Aber ist dann Wattenwil schon eine Zentrumsgemeinde? Erhält sie denn diesen Bonus schon? – Ich habe es vorhin schon erwähnt. Wenn dies das Problem ist, setzen Sie doch einfach den Ansatz etwas hinauf, wenn es ja ohnehin nicht ausgeschöpft wird. Ich sehe die Abgrenzung nicht. Nichts gegen Wattenwil, aber das ist für mich jetzt nicht unbedingt das, was ich mir unter einem Zentrum vorstelle. Und was ich Ihnen einfach auch sagen muss, und nun komme ich noch zu Burgistein: Es gibt einfach auch Limiten, die

dann auch klar sind und die vermutlich auch der Kanton nicht ausbügeln kann. Wenn man eine halbe Million Franken Defizit hat, wird es wohl mit allem guten Wollen schwierig zu fusionieren. Deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen diffusen Zentrumsbonus abzulehnen, und vor allem möchte ich noch etwas erwähnen, und hören Sie nun gut zu: Ich habe einen etwas bösen Verdacht. Es kann nicht sein, dass der Hintergedanke ist, dass man die Fusion zwischen Bern und Ostermundigen dann noch kräftig zusätzlich subventioniert. Denn diese werden wohl ziemlich viel Geld verdienen, und das will dann wohl niemand – nicht wahr, Jakob Schwarz? –, jedenfalls ich nicht.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP). Der VBG ist anscheinend in Schieflage, wie Samuel Krähenbühl gesagt hat, jedenfalls in gewissen Punkten. Deshalb erlaube ich mir, auch noch zwei, drei Worte zu diesem Bericht zu sagen. Die Absicht der Regierung, Fusionsförderung künftig an einer Fusionsstrategie zu bemessen, wird von uns ausdrücklich begrüsst. Heute werden nämlich Fusionen eher nach dem Giesskannenprinzip gefördert. Eine klare Strategie ist kaum zu erkennen. Neu soll also das Zielbild Gemeindelandschaft erarbeitet werden: zusammen mit den Gemeinden, unverbindlich und auch pragmatisch. Daran messen sich künftig die Aktivitäten des Kantons. Im Gegensatz zum aufwendigen, aus unserer Sicht teilweise falschen und zu theoretischen Fusionsrichtplan, scheint mir diese Idee nicht schlecht. Insider wissen nämlich relativ schnell, wo die interessierenden Räume und Perimeter liegen. Diese orientieren sich im ländlicheren Raum in der Regel am Gebiet der Sekundarschule, und im urbanen Raum kennt man den interessierenden Raum auch.

Ich bin der Auffassung, dass dazu keine teuren Berater beauftragt werden müssen, sondern dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) dies in einem einfachen, transparenten und partnerschaftlichen Verfahren mit den Gemeinden entwickeln kann. Das Ziel, die Anzahl Gemeinden zu verringern, wird nicht bestritten. Aber die, bei einigen Grossräten vorhandene Hoffnung, mit den Fusionen die Finanzkraft stärken zu wollen, ist unrealistisch und kann deshalb nicht als Fusionsziel genannt werden. Es entspricht vielmehr einem Wunschdenken, das der Realität nicht gerecht wird. Die Ausrichtung an den strategischen Eckwerten wird begrüsst. Der Fusionsrichtplan wurde vom VBG in der Vernehmlassung sehr stark kritisiert, und deshalb begrüssen wir es ausdrücklich, dass dieser nun nicht mehr verwendet wird. Weiter begrüsst der VBG, dass keine verbindlichen Grössen mehr formuliert werden. Gemeindefusionen sollen weiterhin freiwillig erfolgen. Die Förderung von Fusionen von Zentrumsgemeinden erscheint aus unserer Sicht durchaus sinnvoll. So können auch grössere und leistungsfähigere Gemeinden entstehen.

Aus der Sicht des VBG kann diesem Bericht in dieser Form zugestimmt werden. Wir danken an dieser Stelle der Gemeindedirektorin ganz ausdrücklich für den aktiven Einbezug des VBG nach der Vernehmlassung und auch bei der Weiterbearbeitung dieser Frage.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich möchte noch ein Wort für die Gemeindevielfalt und für unsere Anträge von der SVP einlegen. Es ist ganz wichtig, dass sich die Menschen mit ihrem Wohnort identifizieren können. Dann setzen Sie sich nämlich auch dafür ein, das sehe ich in meiner eigenen Gemeinde. Sie stellen sich für politische Ämter zur Verfügung. Sie stellen sich für die Feuerwehr, den Turnverein, den Chor und für die Musikgesellschaft zur Verfügung, weil sie nämlich sehen, dass es eine Veränderung gibt, wenn sie sich für die Dorfgemeinschaft einsetzen. Dies ist also etwas ganz Wichtiges.

Noch etwas zu den Fusionen: Ich war selbst in der gemeindeeigenen Fürsorgekommission. Wir haben die Arbeit gratis gemacht. Wir haben Leute betreut, gratis. Wir haben sie unterstützt, und jetzt – nach der Fusion mit vier anderen Gemeinden – haben wir einen Sozialdienst, der immer teurer wird. Es ist klar, dass die grösseren Strukturen eben teurer werden. Klar sind jetzt Professionelle am Werk, aber zum Teil verlieren sie die Beziehung zu diesen Menschen, weil sie vor allem einfach im Büro schauen, was nötig ist, und wir gingen raus zu den Leuten. Dass es also günstiger komme, wenn man zusammenlegt, stimmt einfach nicht. Ein Kollege hat vorhin die Studie erwähnt, die vielleicht auch noch gelesen werden sollte. Sie beweist einfach auch, dass dies nicht stimmt. Darum bitte ich Sie, unseren Anträgen zuzustimmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Grossrat Graf hat sich angesprochen gefühlt. Er hat das Wort für eine *kurze* Replik.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich akzeptiere das Wort «kurz». Samuel Krähenbühl, ich lade Sie gerne zu einer Ortsbegehung ein. Dann erkläre ich Ihnen all dies. Ich möchte hier einfach nur ganz kurz sagen: Wie soll man in einer Kleinstadt mit 16 000 Einwohnern von drei Gemeinden eine in sich

stimmige Verkehrspolitik machen? Sie müssen sich vorstellen: Vor dem Bundeshaus bis zur Länggasse wäre eine Gemeinde, der Breitenrain wäre eine Gemeinde, die Altstadt wäre eine Gemeinde; und dann sollten Sie eine Verkehrspolitik machen. Das ist schlicht nicht möglich! Corinne Schmidhauser, die in Interlaken wohnt, kennt es. – Alles andere vor Ort.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Der Kommissionssprecher wünscht, vor der Regierung zu sprechen. Carlos Reinhard hat das Wort.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Kommissionssprecher der SAK. Danke für diese angeregte und teilweise auch ein wenig emotionale Diskussion. All dies hatten wir in der Kommission natürlich auch. Ich bestätige nur noch zwei, drei Dinge aus den Voten oder versuche sie zu erklären.

Ich glaube, eine Gemeindebürgerin und ein Gemeindebürger ist auch eine Kantonsbürgerin und ein Kantonsbürger. Wenn er Steuern bezahlt, unterscheidet er nicht unbedingt, in welchen Topf diese fallen. Ich glaube, der Steuerzahler oder die Steuerzahlerin hat das Interesse, dass eine Gemeinde- oder Kantonsorganisation effizient organisiert ist.

Vielleicht noch kurz zu Kollege Knutti: Er hat gesagt, sie lehnen den Bericht ab, weil sie Freiwilligkeit wollen. Die Variante, die man im Bericht vorschlägt, ist ja Freiwilligkeit. Zudem denke ich auch, wenn Sie die Planungserklärungen überweisen, schränkt dies die ganze Gesetzgebungsarbeit, die ja erst jetzt beginnt, auch in der Kommission, unnötig ein. Ich weiss, auch mit dem Zentrumsbonus und so weiter kann es in verschiedene Richtungen gehen. Auch die heute gefallenen Voten werden sicher noch einmal in der Sachbereichskommission zu diskutieren geben. Bei den Gesetzgebungsarbeiten, die ja nachher schlussendlich auch hier im Grossen Rat vorgenommen werden, können wir dann schauen, ob dies nun der richtige Mechanismus ist oder nicht.

Ich denke, die kritischen Gemeinden, die hier sind, sollten vielleicht nicht noch dazu animieren, dass vielleicht positiv eingestellte Gemeinden blockieren. Vielleicht können auch die kritischen Gemeinden einmal ein wenig auf Beobachtungsstation gehen und schauen, welche Vorteile eine solche Fusion vielleicht bringen kann. Wie gesagt, wir haben auch von der SAK aus gesagt: Das Ziel ist nicht eine Fusion und ab dem ersten Tag Geld zu sparen. Diese Illusion haben wir nicht.

Zum Schluss vielleicht noch einmal das Bild von einem Fussballmatch: Wir haben auf der einen Seite elf Gemeinden, die zusammenarbeiten, und auf der anderen Seite elf Gemeinden, die je ihre eigenen Strategien haben. Ich glaube, die elf Gemeinden, die zusammenarbeiten und eine Strategie haben, wie sie den Ball ins Goal bringen, sind wahrscheinlich erfolgreicher als die elf einzelnen Spieler, die weniger erfolgreich sein werden, wenn von denen einer sagt, ich versuche es links durch, und der andere sagt, wenn er den Ball habe, gehe er rechts durch. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Kommission noch einmal einstimmig, diesen Bericht zu genehmigen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Es sind keine Sprechenden mehr eingetragen. Ich gebe das Wort Regierungsrätin Evi Allemann.

Evi Allemann, Justiz- Gemeinde- und Kirchendirektorin. Vielen Dank zuerst für die breite und positive Aufnahme dieses Berichts zur Gemeindelandschaft im Kanton Bern. Es ist richtig und wurde mehrfach festgestellt, dass dieser Bericht sich nach der Vernehmlassung in wesentlichen Punkten geändert hat. Wir haben die Vernehmlassungseingaben sehr ernst genommen, insbesondere den Wunsch nach dem partizipativen Ansatz sowie den Wunsch, dass auch künftig die Berner Fusionspolitik auf Freiwilligkeit basieren soll. Dass dieser Grundsatz auch in Zukunft Bestand hat, hat dazu geführt, dass wir die verschiedenen Leitsätze so gewählt haben, dass über allen der Leitsatz 1 steht, der letztlich das Zielbild in den verschiedenen Förderräumen definieren will, mit einem Zielbild, das als strategische Grundlage für die künftige Fusionspolitik im Kanton Bern dient. Dieses Zielbild soll in einem partizipativen Prozess entstehen. Dieses wollen wir nicht hinter verschlossenen Türen am Schreibtisch entwerfen. Das war eine Kritik, die an diesem sogenannten Fusionsrichtplan geübt wurde, und diese Kritik kann ich, kann die Regierung sehr gut nachvollziehen. Deshalb sind wir auf die Erarbeitung dieses Zielbilds bis heute bewusst noch nicht eingestiegen, sondern haben erst skizziert, wie diese dann gehen könnte. Wenn Sie diesen Bericht nun heute positiv aufnehmen und zur Kenntnis nehmen und uns auf den Weg schicken, die Arbeiten fortzusetzen, starten wir nachher auch sofort diesen Prozess. Dabei möchten wir unter engster Einbindung der Direktbetroffenen, sprich der Gemeinden aber auch der Regierungstatthalterinnen und -statthalter, pro Region ein solches Zielfeld mit Förderräumen diskutieren und beschliessen, sodass man nachher eine strategische Grundlage für die künftige Fusionsförderung hat.

Am Anfang stand zwar dieser Vorstoss, der eine massive Reduktion der Anzahl Gemeinden verlangte und eine Forderung hatte, die nicht nach Sparen tonte. Die Postulanten verlangten ein Denkmodell, welches das Ziel hatte, schlagkräftigere, ausgeglichene und selbstbewusstere Gemeinden zu schaffen, und es war nie eine Sparübung. Die Regierung hatte auch nie die Illusion, dass man mit Gemeindefusionen sparen könne und hat im Bericht deswegen auch explizit gesagt, dass der Kanton auch künftig Mittel aufwenden müsse, um die Fusionsförderung aktiv anzugehen. Einerseits kostet es den Kanton, diese Fusionsförderung überhaupt zu machen, und zwar sicher im heutigen Umfang, wenn nicht intensiver. Andererseits geht es eben darum, leistungsfähigere Gemeinden zu ermöglichen – ausgeglichene und nicht zusammengesparte. Es war nie eine Sparübung. Die Studie der Universität St. Gallen hat für unseren Ansatz, für unsere Zielsetzung keine Relevanz, weil wir damit gar kein Sparpaket verbunden haben. Es war keine Sparmassnahme, und insofern möchte ich all jene beruhigen, die meinen, wir hätten die Illusion, dass man damit sparen kann. Diese haben wir nicht. Das war nie so gedacht.

Wir haben auch nicht die Illusion oder die Absicht, die Gemeindevielfalt, die in diesem Kanton Bern wertvoll ist, zu zerschlagen. Ganz im Gegenteil: Die Gemeindevielfalt ist tatsächlich ein Wert. Die Vielfältigkeit unseres Kantons ist ein Wert für sich, ist auch ein Standortvorteil. Das heisst aber noch lange nicht, dass eine grössere Gemeinde weniger vielfältig ist und dass eine Gemeindelandschaft, die sich ändert, zwingend weniger vielfältig ist. Ich glaube auch, dass grösser nicht immer besser ist. Das hat Grossrat Knutti vorher so betont. Tatsächlich spielt sich das tägliche Leben teilweise in einem sehr engen Perimeter ab. Zum Teil identifiziert man sich sehr mit dem Quartier auf der städtischen Ebene und im ländlichen Raum mit dem Dorfteil oder mit dem, was ganz unmittelbar ums Haus herum geschieht. Dies hat noch überhaupt nichts damit zu tun, zu welcher politischen Gemeinde man gehört. Ich glaube, eine starke, leistungsfähige und gesunde Gemeinde kann ermöglichen, dass auch ein aktives Dorfleben, ein aktives Leben, ganz lokal, wie in kleineren Räumen stattfindet, und dies ist der Wert für die Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist der Wert, den wir so schätzen, und dies macht die Vielfalt der Gemeinden aus. Ich denke, wenn wir auf den Weg einer aktiveren, strategischeren Gemeindefusionspolitik gehen, passt dies sehr gut und geht Hand in Hand mit der vielfältigen Gemeindelandschaft, die wir bewahren wollen, die sich aber nicht an der Anzahl Gemeinden misst, sondern am Leben, das in den Gemeinden möglich ist.

Wir haben in diesem Bericht verschiedene Leitsätze verabschiedet. Der Leitsatz 1 zum Zielbild ist die Grundidee eines strategischen Steuerungsinstruments. Wir haben erste konzeptionelle Überlegungen gemacht, möchten aber nun auf einen partizipativen Weg gehen oder diese mit einem partizipativen Ansatz ganz lokal diskutieren. Dabei wird nicht in jeder Region die gleiche Diskussion geführt werden. Dies ist mir bewusst, dies ist der Regierung bewusst, und dies ist auch so gewollt. Die Vielfalt im Kanton Bern führt dazu, dass man auch über Fusionspolitik nicht überall gleich diskutiert, und dies ist auch richtig so.

Wir wollen keine fixe Zielgrösse bezüglich Anzahl Gemeinden vorgeben. Was Herr Freudiger vorhin aus Seite 11 des Berichts zitiert hat, bei dem er diesen Grundlagenbericht herangezogen hat, ist richtig: Dieses Zitat muss man durchaus auch bringen. Das ist eine Orientierungshilfe. Es ist aber eben keine Zielgrösse. Der Grundlagenbericht, dem ja der regierungsrätliche Bericht zugrunde liegt, wurde mit einem wissenschaftlichen Ansatz erarbeitet und hat festgestellt, dass 100 oder 150 Gemeinden wahrscheinlich eine gute Grösse für ein gutes Funktionieren, für ein gutes Miteinander ist – eine sinnvolle Grösse. Aber die Regierung hat davon Abstand genommen, sich darauf zu verpflichten, dass es genau in diesem Rahmen sein muss. Als Orientierungshilfe ja, sonst wären wir ja völlig konzeptlos unterwegs und würden negieren, dass dieser Grundlagenbericht besteht. Aber dies ist kein Ziel, sondern eine Orientierungshilfe. Insofern denke ich tatsächlich, dass die Planungserklärung 1 der SVP ins Leere zielt, weil: Es gibt keine fixe Zielgrösse bezüglich Anzahl Gemeinden, und das ist auch richtig so.

In einem zweiten Leitsatz haben wir nachher beschrieben, dass wir den Mitteleinsatz für Zusammenschlüsse gezielter machen möchten. Das heutige System der Finanzhilfe zur Fusionsförderung beruht ja auf einer linearen Berechnung, und dies möchten wir gerne überdenken. Auch dort haben wir im Bericht erst skizzenhaft dargelegt, in welche Richtung dies gehen könnte. Da sind nachher möglicherweise weitere gesetzgeberische Arbeiten nötig. Auch wenn man nicht linear berechnet, braucht man verlässliche Berechnungskriterien. Es darf nicht willkürlich werden. Dies ist der Regierung sehr bewusst, und es ist auch die Absicht, den Mitteleinsatz gestützt auf verlässliche Kriterien gezielter zu gestalten. Da würden wir nachher konkreter werden und Ihnen in einem nächsten Umgang Vorschläge präsentieren, wie man die bestehenden gesetzlichen Grundlagen anpassen müsste, konkret: das bestehende Gemeindefusionsgesetz.

Leitsatz 3 mit dem Zentrumsbonus ist tatsächlich ein Instrument, das im Strauss der heutigen Fusionsförderinstrumente neu hinzukommt. Nach Auffassung des Regierungsrates hat dieses Instrument «zusätzlichen» Charakter. Es soll also die heute bestehenden Instrumente ergänzen, und es ist angedacht, dass man bei der Definition von Zentren nicht einfach an die Städte denkt und auch nicht einfach an die Definition, die in der Richtplanung gängig ist. Es könnten neu also auch Subzentren entstehen, die in den Genuss dieses Bonus kommen, wenn sie gewisse Kriterien einer Zentrumsfunktion erfüllen. Wenn man das Wort «Zentrumsbonus» hört, darf man also nicht nur an Städte und Agglomerationen denken. Vielmehr können auch im ländlichen Raum mittelgrosse bis grössere Gemeinden, die es ja auch im ländlichen Raum gibt, eine Zentrumsfunktion einnehmen, vielleicht nicht im richtplanerischen Sinn, aber doch von ihrer Funktion her wahrgenommen. Das würde als Zentrum für eine Fusion gelten, um welches herum sich lauter Kleinstgemeinden befinden, und so durchaus auch in den Genuss eines Zentrumsbonus kommen.

Der angesprochene Mitnahmeeffekt käme ja ohnehin nur den Gemeinden zugute, die ihre Fusion schon vorangetrieben haben. Dies ist nicht ganz richtig. Es ist tatsächlich angedacht, dass wir einen Anreiz schaffen möchten, Fusionsbemühungen zu befördern, anzustossen und auch gewissen grösseren, finanzstarken Gemeinden die Ängste zu nehmen, dass sie auch Nachteile hätten, wenn sie sich schon nur in Fusionsgespräche mit finanzschwächeren Gemeinden begeben, und dort den Anreiz dieses Zentrumsbonus zu setzen, um heute unmögliche Gespräche oder unmögliche Fusionsprojekte zu befördern. Das ist genau die Idee dieses Zentrumsbonus. Auch dieser ist erst skizziert. Dafür müssten wir mit einer konkreten gesetzlichen Ausgestaltung in den Grossen Rat zurückkommen, zu der Sie dann am Schluss immer noch mit Ja oder Nein sagen können, ob dies dann konkret in Ihrem Sinn ist oder nicht.

Was ich hier sagen muss: Wenn man es mit einem zusätzlichen Förderinstrument ernst meint, wird es sicher so sein, dass wir mindestens im Umfang der heutigen Mittel Geld für die Fusionsförderung zu sprechen bereit sein müssen. Es wird eher teurer werden. Wenn man dies ernst meint, müsste man auch bereit sein, zusätzliche Gelder zu sprechen. Aber auch diesbezüglich wird mit diesem Bericht ja noch nicht das letzte Wort gesprochen, und damit bin ich eigentlich schon fast bei der Planungserklärung 2 der SVP: beim Geld. Heute werden die finanziellen Mittel jeweils in einem vierjährigen Rahmenkredit beantragt. Das wird auch künftig so sein. Wir haben vor, auch künftig dem Grossen Rat jeweils für vier Jahre einen Rahmenkredit für die Fusionsfördermittel zu beantragen, und ich würde ihnen davon abraten, sich heute die Chance zu nehmen, bereits festzulegen, in welche Richtung die künftigen Rahmenkredite gehen. Je nachdem, wie man nachher die Fusionsförderinstrumente ausgestalten, je nachdem, zu welchem Schluss dann auch die lokalen Diskussionen im partizipativen Prozess über das Zielbild verlaufen, macht es dann Sinn, mehr oder weniger Geld in diesen Rahmenkredit zu stecken. Wenn dieser Rahmenkredit dann für die nächsten Jahre konkret auf Ihren Tischen liegt und Sie Kenntnis haben, wie diese Fusionsförderpolitik ganz konkret aussehen soll, werden Sie die Freiheit haben, darüber zu entscheiden. So sind Sie nicht gezwungen, jetzt schon über eine finanzielle Stossrichtung zu befinden, noch in Unkenntnis der sinnvollen Entwicklung der Gemeindelandschaft. Man würde sich unnötig einschränken.

Im Leitsatz 4, der mit einer aktiven Einflussnahme des Kantons verbunden ist, werden Umstände beschrieben oder Absichten erklärt, die nicht neu sind. Aber sie sollen konsequenter angewendet werden. Die heute möglichen Fusionsförderinstrumente sollen konsequenter eingesetzt werden und auf strategisch sinnvolle und aus gesamtkantonalen Optik wünschbare Fusionen hinwirken, nicht mit der Giesskanne, sondern gezielte Unterstützung bieten, damit man das Zielbild, das dann erarbeitet wird, möglichst erfüllen kann.

Im Leitsatz 5 schliesslich geht es um einen konsequenteren Einsatz der bestehenden Durchsetzungsinstrumente. Wir haben nicht vor, diesbezüglich eine neue Gesetzgebung zu initiieren. Es geht darum, dass man diese Instrumente, die wir seit 2013 haben, weiterführen will. Sie sollen nicht abgeändert werden. In klar geregelten Ausnahmefällen kann eine Fusion angeordnet oder könnten Leistungen aus dem Finanzausgleich gekürzt werden. Aber ich versichere Ihnen hier, dies wird nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweg gemacht. Wir haben auch hier vor, sämtliche beteiligten Gemeinden anzuhören, wenn wir dies denn dereinst überhaupt einsetzen, und sorgfältig abwägen. Also: Dies wird sicher nicht mit dem Holzhammer geschehen. Das ist ein Instrument oder eine Absicht, die wir vor allem dort haben, wo sich Gemeinden konsequent weigern, Reformen überhaupt nur zu prüfen und in Abklärungsprojekte einzusteigen. Das gibt es heute leider, und dort können wir mit sanftem Stossen darauf hinwirken, dass man wenigstens in Abklärungsprojekte einsteigt, die Gespräche führt und die Chancen und auch die Risiken diskutiert, damit dies nicht blockiert bleibt.

Zum Schluss ist es mir wichtig, noch einmal zu betonen: Was wir im Bericht skizziert haben, sind wirklich erst Skizzen. Ich habe bewusst noch keine weiteren Arbeiten ausgelöst, weil ich zuerst das Okay und die Kenntnisnahme des Grossen Rates abwarten wollte. Wir werden in der zweiten Jahreshälfte 2019 sofort einerseits mit dem partizipativen Prozess zur Erarbeitung dieses Zielbilds starten und andererseits parallel dazu sicher auch die Gesetzgebungsarbeiten in Gang setzen, für die gewissen Neuerungen, die der Bericht vorschlägt. Es ist mir ein ganz besonderes Anliegen, dass die betroffenen Gemeinden in die künftigen Arbeiten zur Gemeindelandschaft im Kanton Bern einbezogen werden. Ich glaube, diese Gemeindelandschaft können wir nur zusammen neu gestalten, umgestalten und in eine Richtung vorantreiben, bei der es am Schluss für alle einen Mehrwert gibt – für den Kanton aber eben auch für die betroffenen Gemeinden und vor allem auch für die betroffene Bevölkerung. Ich bitte Sie also, diesen Bericht des Regierungsrates entsprechend zur Kenntnis zu nehmen und die drei Planungserklärungen abzulehnen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Beschlussfassung zum Traktandum 74, «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern». Zuerst zu den Planungserklärungen. Wer die Planungserklärung 1 annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2014.JGK.4219; Planungserklärung SVP [Freudiger, Langenthal] – Nr. 1)
Vote (Affaire 2014.JGK.4219 ; déclaration de planification UDC [Freudiger, Langenthal] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	49
Nein / Non	95
Enthalten / Abstentions	1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung 1 abgelehnt, mit 95 Nein- gegen 49 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer die Planungserklärung 2 annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2014.JGK.4219; Planungserklärung SVP [Freudiger, Langenthal] – Nr. 2)
Vote (Affaire 2014.JGK.4219 ; déclaration de planification UDC [Freudiger, Langenthal] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	49
Nein / Non	93
Enthalten / Abstentions	1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung 2 abgelehnt, mit 93 Nein- gegen 49 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer die Planungserklärung 3 annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2014.JGK.4219; Planungserklärung SVP [Krähenbühl, Unterlangenegg] – Nr. 3)
Vote (Affaire 2014.JGK.4219 ; déclaration de planification UDC [Krähenbühl, Unterlangenegg] – n° 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	35
Nein / Non	107
Enthalten / Abstentions	3

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben die Planungserklärung 3 abgelehnt, mit 107 Nein- gegen 35 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wer den Bericht ohne Planungserklärungen zur Kenntnis nehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2014.JGK.4219; Kenntnisnahme des Berichts)

Vote (Affaire 2014.JGK.4219 ; prise de connaissance du rapport)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Kenntnisnahme / Prise de connaissance

Ja / Oui 127

Nein / Non 14

Enthalten / Abstentions 2

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Bericht ohne Planungserklärungen zur Kenntnis genommen, mit 127 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.